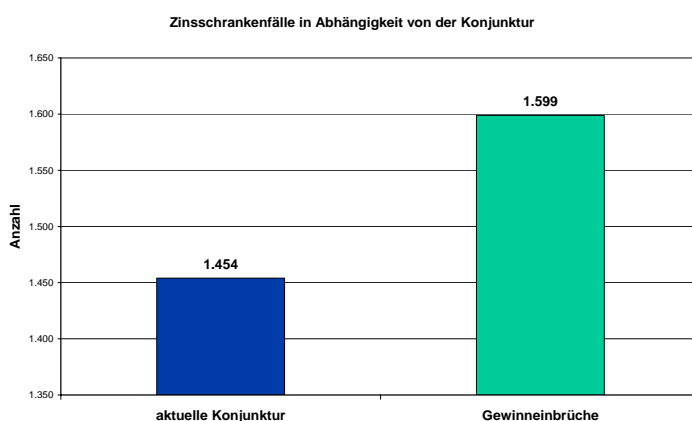




## PSP-Studie zeigt negative Auswirkungen der Unternehmensteuerreform

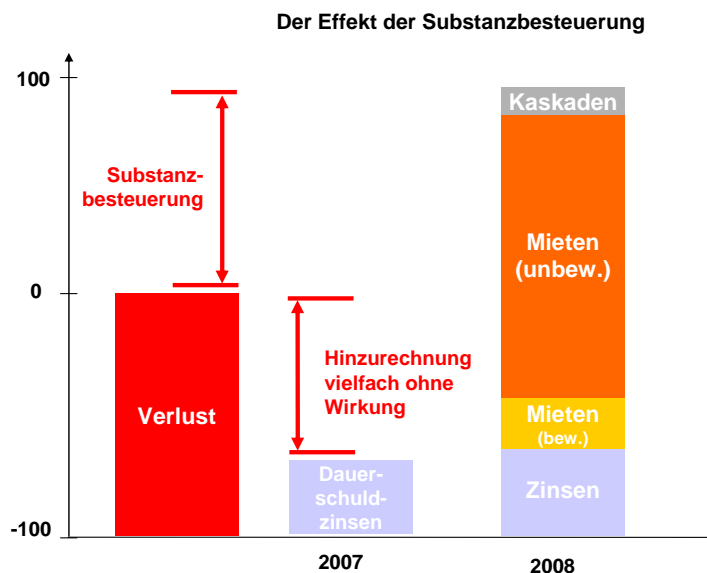
[23.06.2008]

Die Unternehmensteuerreform belastet gerade angeschlagene Firmen stärker als angenommen. Zu diesem alarmierenden Ergebnis kommt ein Gutachten, das die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw) bei der Münchener Kanzlei Peters, Schönberger & Partner in Auftrag gegeben hat. Schuld an den Belastungen ist unter anderem die neue Zinsschrankenregelung, die an die Stelle der bisherigen Gesellschafter-Fremdfinanzierung tritt. Während im Gesetzgebungsverfahren von nur 200 Unternehmen die Rede war, konnten in der PSP-Studie nahezu 1.500 Unternehmen identifiziert werden, die von der Neuregelung betroffen sind. Besonders schwer wiegt zudem ein kontraproduktiver Konjunkturreffekt: Je schlechter die Wirtschaftslage sich entwickelt, desto weniger Unternehmen können ihre gesamten Zinsaufwendungen steuerlich absetzen. Damit treibt die Neuregelung gerade finanziell schwache Unternehmen noch weiter in die Krise. Um negative Auswirkungen zu verhindern, sollte der Gesetzgeber dringend dafür sorgen, dass die Zinsschranke lediglich bei Missbrauchsfällen wirksam wird.





Nicht weniger heikel sind die neuen Hinzurechnungstatbestände bei der Gewerbesteuer. Hier erhöhen sich die steuerlichen Bemessungsgrundlagen durch die steuerliche Hinzurechnung von Fremdkapitalkosten und Finanzierungsanteilen an Mieten und Pachten. Verlierer sind wieder wirtschaftlich schwache Unternehmen – die in vielen Fällen die Gewerbesteuer nur noch aus der Substanz bezahlen können.



PSP und die vbw werden die Ergebnisse der Studie der Öffentlichkeit vorstellen, um gemeinsam mit Politik und Finanzverwaltung Verbesserungsvorschläge zu diskutieren.

Die Studie im Volltext erhalten Sie als Download unter [www.psp.eu](http://www.psp.eu).